



Nr. 83.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

94. Jahrgang.

Veröffentlichungswelle: 6 mal wöchentlich. Einzelnenpreis: Die kleinste Stelle 20 Hg., Bestellungen 20 Hg. — Inhalt der Anzeigenschein 9 Uhr vorabsetzen. — Anzeigenschein 9.

Mittwoch den 2. April 1919.

Verlagspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mk. 2.50 wöchentlich, Postbezugspreis im Orts- u. Nachbarortvertrieb Mk. 2.75, im Fernvertrieb Mk. 2.90, Bestellgeld 30 Hg.

Fortbauer der Unruhen im Reich.

In Stuttgart hat der Aktionsausschuss für den Generalstreik dem Metallarbeiterverband mitgeteilt, daß der Streik bei Bosch und Daimler abgebrochen sei, aber zu gegebener Zeit wieder aufgenommen werde. Also lediglich Waffenstillstand mit der Absicht auf der einen Seite, Atem zu schöpfen und den Kampf dann unter allen Umständen wieder aufzunehmen. Was sagt die Regierung zu dieser Methode der Streikführer, die nur immer und immer wieder die Arbeiter von der Arbeit wegzerren, und denen gar nichts daran liegt, daß unser Wirtschaftsleben vollends ganz zu Grunde geht. Ist es nicht eine Schande, daß aus dem glänzendsten Industriestaat der Welt, — vor dessen Wirtschaftskraft die ganze Welt auf sich gezogen hatte, — nicht einmal soviel Waren mehr herauszuholen sind, daß damit ein paar deutsche Schiffe, die Lebensmittel für uns aus Amerika holen sollen, beladen werden können, so daß diese Schiffe Sand als Ballast aufnehmen mußten. Wenn diese traurige Tatsache nicht geeignet ist, unsere Arbeiter aufzurütteln, dann ist Deutschland unrettbar der Suggestion des Bolschewismus verfallen.

In Berlin tagt zur Zeit der (2.) Kongress der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte Deutschlands, der von dem Präsidenten der preussischen Landesversammlung, Peinert, mit der Mahnung begrüßt wurde: Das deutsche Volk stehe vor einem Abgrund, wenn die Vernunft nicht siegt. Daß diese Vernunft noch nicht auf dem Wege zum Siege ist, merkte man dann sofort an der Rede des Vorsitzenden des Volkzugsrats der Berliner Arbeiterräte, der alle Schuld an der wirtschaftlichen und politischen Anarchie dem Zentralrat der U. und S.-Räte und den Mehrheitssozialisten in der Reichsregierung zuschob, die den Arbeiterräten in den Arm gefallen seien. Richard Müller meint damit natürlich, daß man nicht alle Forderungen der Unabhängigen erfüllt hat, und daß man den Spartakisten und ihren Gewalttätigkeiten entsagengetreten ist. In der Frage der Sozialisierung, sagte Müller, habe der Zentralrat völlig versagt, und der Gouverneur von Berlin, Schöppf, habe direkt und öffentlich Streikbrecher geworden. Nach Müller kam der Mehrheitssozialist Kalaski zu Wort. Er bezeichnete es als einen Schimpf für das deutsche Volk, daß man deutschen Boden ohne Not preisgegeben habe. Helfen könne uns nur ein Volksheer auf dem Boden der allgemeinen Dienstpflicht und mit einem zuverlässigen Offizierskorps. Sonst sei das deutsche Volk verloren. Wenn der Zusammenbruch komme, so seien die Unabhängigen am meisten schuld daran. Unabhängige und Kommunisten hätten von dem wahrhaft revolutionären Geist keinen Hauch verspürt, wenn sie sich einfach auf Kritik und Anklage zurückzögen. Wenn man die Wirtschaft planmäßig durch sinnlose Streiks ruinieren, dann trage man gerade dazu bei, das deutsche Volk dem Hungertode zu überantworten. Die allgemeine Demoralisation habe auch das Proletariat ergriffen. Die erste Vorbedingung für den Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft sei die Wiederbelebung der landwirtschaftlichen Erzeugung. Dazu sei erforderlich, daß 1 1/2 Millionen Arbeiter aus den Städten auf das Land geschafft werden. Dagegen machen die Unabhängigen Front, weil das die „Freizügigkeit“ beeinträchtige. Wir glauben eher, daß sie die Arbeiter deshalb nicht auf das Land lassen wollen, weil sie dann keinen Anhang von Arbeitslosen mehr hätten, den sie für ihre Zwecke bisher benötigt haben. Und dann würde wieder Ruhe in die Arbeiterschaft kommen. Und das will man auf dieser Seite ebenfalls nicht, weil man immer noch nach phantastischen Zielen strebt. Man sollte doch an den „Errungenschaften“ des Bolschewismus genau haben. Kalaski wies darauf hin, daß die Bolschewisten in Rußland eingesehen hätten, daß sie der Industrie nicht Herr werden könnten, dann hätten sie zum Terror gegriffen und das Ergebnis sei der Ruin gewesen. Es ist ja auch für jedermann, der noch zu nüchternen Überlegung fähig ist, klar, daß eine Klasse von Teilnehmern an der Volkswirtschaft, die bisher nur ausführende Organe des wissenschaftlichen, technischen und organisatorischen Willens waren, nicht von heute auf morgen die Herrschaft über einen so komplizierten Apparat übernehmen können, wie ihn der moderne Industriestaat darstellt. Daran muß letzten Endes der sog. Bolschewismus scheitern.

Denn wenn keine straffe Organisation mehr in einem Betriebe ist, dann geht er zugrunde. Das haben wir wahrhaftig doch bisher genügend kennen gelernt.

In Bayern herrscht nach der Ausrufung der Räterepublik ein Chaos. Die alte Regierung, die vom rechtmäßig gewählten Landtag bestätigt worden ist, hat sich nach Bamberg zurückgezogen, und hat von dort einen Aufruf an die Beamtenschaft erlassen, daß sie die einzige Inhaberin der höchsten Gewalt in Bayern sei, und daß nur ihren Anordnungen und Befehlen Folge geleistet werden müsse. Auf dem Lande wird die Räterepublik auch nicht anerkannt. Nur in den größeren Städten haben die Räte ebenfalls die Gewalt an sich gerissen. Wie aus Nürnberg gemeldet wird, haben die Bauern Frankens, der Oberpfalz und des Rieses sich zu gemeinsamem Vorgehen zusammengeschlossen, und die Bauernschaft Oberbayerns, Schwabens und des Allgäus hat sich mit diesen solidarisch erklärt, in dem Sinne, daß nur das alte Ministerium und der Landtag von ihnen anerkannt werden. Ueber München und Augsburg wurde die Lebensmittelsperrverhängung, bis in München die Räteregierung zurückgetreten sei. Die Reichsregierung anerkennt die Räteregierung ebenfalls nicht, weil sie nur eine von einer rechtmäßig gewählten Volksvertretung eingesetzte Regierung anerkennen kann. Wie der Konflikt enden soll, weiß man noch nicht. Die Kommunisten, die von dem fanatischen Russen Dr. Lewin geführt werden, finden diese Räterepublik noch nicht nach ihrem Geschmack, weil in der Regierung noch Vertreter der Mehrheitssozialisten seien. Und die Unabhängigen seien auch nicht für eine kommunistische Republik geeignet. Es wird dasselbe in der „Roten Fahne“ die Ausrufung einer reinen proletarischen Republik gefordert. Und so geht der Wahnsinn fort bis ins Endlose, solange die Urheber dieses Bakterienherdes nicht umschädlich gemacht werden. Dazu sollte sich die Regierung die 1/10 des werktätigen Volkes hinter sich hat, endlich aufraffen. Freiheit bedeutet nicht Zügellosigkeit. Wenn aber jetzt wieder in allen Ecken des Reichs — auch im rheinisch-westfälischen Industriebezirk und in Berlin beginnt es von neuem zu brodeln — Streiks und in ihrer Folge politische Putsch organisiert werden, so muß endlich mit aller Schärfe vorgegangen werden, damit die politischen Hintermänner nicht mit zynischem Lächeln schreiben können: „Der Streik wird zu geeigneter Zeit wieder aufgenommen.“ Es ist zu hoffen, daß bald alle Schichten des Volkes einsehen, daß die endlosen Streiks uns ins Verderben führen — zur Freude unserer Feinde, die das schon lange ersehnt haben. O. S.

Abbruch des Generalstreiks.

Am Montag abend wurde in den Straßen Stuttgarts nachstehendes Flugblatt verbreitet: Arbeiter, Arbeiterinnen! Der Generalstreik ist abgebrochen. Am Dienstag, 8. April, wird die Arbeit geschlossen aufgenommen. Geht wie Ihr am Montag vor acht Tagen die Betriebe verlassen habt, morgen wieder geschlossen hinein. Arbeiter! Rüstet zu neuem Kampf! Sorgt vor allem dafür, daß die während des Kampfes Verhafteten freigelassen werden! Fordert, daß die Streiktage bezahlt werden! Es lebe das internationale revolutionäre Proletariat. — Aktionsausschuss und Streikleitung des geeinigten Proletariats.

Ruhe in Stuttgart.

Stuttgart. (Amtlicher Bericht vom 8. April, abends 7 Uhr.) In Stuttgart vollständige Ruhe. Die Arbeit ist in den meisten Betrieben wieder aufgenommen. Bis Donnerstag hofft man die ganze Stadt mit Gas versehen zu können.

Gegenströmungen gegen die Räterepublik.

Bamberg, 7. April. Abgeordnete aller bürgerlichen Parteien der drei fränkischen Regierungsbezirke haben untereinander Fühlung genommen und erheben einmütig Protest gegen die Ausrufung Bayerns zu einer Räterepublik. Sie erklären: „Bereits am letzten Sonntag den 6. April hat auch die Mehrheitssozialdemokratie sich aus politischen und wirtschaftlichen Gründen gegen die Ausrufung einer Räterepublik ausgesprochen. Wir fordern die Beamtenschaft und das gesamte werktätige Volk Bayerns, Arbeiter, Bauern und Bürger auf, sich hinter wirtschaftliche Absperrung Bayerns und durch sie das voll-

den vom Volk gewählten Landtag zu stellen. Die gesamte Bevölkerung Nordbayerns und die Presse werden hiermit gewarnt, sich durch den Terror einer verschwindenden Minderheit vorwiegend von Leuten überwiegend ausländischen Geblüts einschüchtern zu lassen. Der Augenblick ist so ernst wie noch nie. Bayern hängt über einem Abgrund. Wenn es vor dem Sturz nicht bewahrt wird, ist alles verloren; dann hat Bayern im Innern Brudermord, Plünderung und Hungersnot. Eine weitere Folge ist die ständige Erliegen unseres Wirtschaftslebens, die Stilllegung unseres Eisenbahnverkehrs und ebenso das Aufhören jeder Kohlen- und Lebensmittelzufuhr. Das Ausland hat jede Ernährungsbeihilfe an ein bolschewistisches Bayern abgelehnt. Eine Hilfe von Rußland und Ungarn ist ausgeschlossen, da diese Länder selbst durch Hungersnot gepeinigt sind. Der Friedensschluß wird verzögert und viele Tausende von bayerischen Kriegsgefangenen bleiben in der Knechtschaft des Auslandes. Die Euch dieses sagen, sind Eure Landsleute, nicht landfremde Menschen, die von Bayern noch vor wenigen Monaten nichts wußten und denen Euer Schicksal gleichgültig ist.“

Zu den Vorgängen in Magdeburg.

Magdeburg, 8. April. Die Arbeiterschaft mehrerer Betriebe ist in den Anstand getreten zum Protest gegen die Verhaftung des Führers der Unabhängigen, Brandes und zweier Mitglieder des Soldatenrates, die verdächtig sind, an den gegenrevolutionären Umtrieben im 4., 6. und 21. A.-R. beteiligt zu sein.

Berlin, 8. April. Von zuständiger Seite wird uns mitgeteilt: Wegen des Versuches, eine Militärrevolte in Magdeburg und Umgegend und in anderen Garnisonen hervorgerufen zu haben, sind in Magdeburg mehrere Verhaftungen vorgenommen worden. Der bekannteste der in Haft genommenen Leuten ist der frühere Reichstagsabgeordnete Brandes, der Mitglied der U. S. P. war. Der Berliner Volkzugsrat, dem von Magdeburg aus heute morgen diese Verhaftung gemeldet worden ist, hat beim Reichswehrminister interveniert und ihm mitgeteilt, die Magdeburger Arbeiter hätten erklärt, sie würden solange streiken, bis Brandes wieder freigelassen wird. Darauf ist der Bescheid erteilt worden, daß Brandes unter allen Umständen der Prozeß für die Straftaten gemacht werde, deren er schuldig sei. Eine Freilassung käme nicht in Betracht. Vom gesunden Sinne der Magdeburger Arbeiterschaft, der sich so oft bewährt hat, darf erwartet werden, daß sie sich nicht zu einem Streik mißbrauchen läßt, zu Gunsten eines Mannes, der mit einer ungläublich frivolon Leichtfertigkeit den Versuch gemacht hat, das Land in einen neuen schweren Bürgerkrieg zu stürzen.

Die Opfer der letzten Unruhen in Berlin.

Berlin, 9. April. In der gestrigen Sitzung des Untersuchungs Ausschusses der preussischen Landesversammlung über die Berliner Unruhen teilte, wie das „Berliner Tageblatt“ berichtet, Regierungsrat Dr. Doyé mit, daß bei den Samstagsunruhen 193 Personen und bei den Unruhen im März 1175 Personen getötet worden sind, darunter etwa 100 Soldaten.

Zur Verankerung des Räteystems in der Verfassung.

Berlin, 7. April. In der Begründung zu dem Gesetzentwurf betreffend Verankerung des Räteystems in der Reichsverfassung wird u. a. ausgeführt. In dem Entwurf eines neuen Artikels 34 a der Reichsverfassung wird der Versuch gemacht, den Rätegedanken verfassungsrechtlich zum Ausdruck zu bringen. Es kann dies dem Wesen der Verfassung entsprechend nur in allgemeiner Form geschehen. Die Ausführungen im einzelnen müssen einem Spezialgesetz vorbehalten bleiben, das möglichst bald der Nationalversammlung vorgelegt werden soll. In diesem Gesetz wird auch das Verhältnis der in dem Entwurf vorgesehenen Einrichtungen zu anderen sozialen Selbstverwaltungskörpern, z. B. den Arbeitsgemeinschaften, zu bestimmen sein. Auf den Grundgedanken, daß der Arbeiter nicht nur Arbeiter sondern auch Produzent ist, bauen sich die beiden Rechtsformen auf, welche das Gesetz der neuen Bewegung zur Verfügung stellen wolle:

1. Der Arbeiterrat (Betriebs-, Bezirks-, Reichsarbeitererrat).

2. Der Wirtschaftsrat (Berater- und Reichswirtschaftsrat).

Dem Arbeiterrat fällt die Vertretung der sozialen und wirtschaftlichen Interessen zu, auch andere Angelegenheiten, die Arbeiterinteressen berühren. Vor allem das Wohnungs- und Gesundheitswesen muß in den Arbeiterräten wahrnehmbar werden. Die Arbeiterräte sind ihrem Wesen nach die Verwirklichung der alten Arbeiterforderung nach der Errichtung von Arbeiterkammern. Die Betriebsarbeiterräte werden erweiterte Funktionen der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse zu übernehmen haben. Es müssen ihnen auch solche Aufgaben zugewiesen werden, die bisher die Arbeiter- und Angestelltenausschüsse bei ihrer rein sozialpolitischen Einstellung nicht befaßt haben. Solche Aufgaben liegen auf wirtschaftlichem Gebiete. Ob die Betriebsräte neben den bereits bestehenden Arbeiter- und Angestelltenausschüssen eingerichtet werden sollen, oder in diesen Ausschüssen oder in den Betriebsräten aufgehen sollen, bleibt der Entscheidung durch das in Aussicht genommene Reichsgesetz vorbehalten.

Die in dem Gesetz in Vorschlag gebrachten Wirtschaftsräte sind dazu berufen, den Arbeiter als Protagonisten an der gesamtwirtschaftlichen Tätigkeit zu beteiligen. Den Wirtschaftsräten muß in der Gestaltung ihrer Geschäftsordnung und Geschäftsverteilung möglichst weitgehende Freiheit eingeräumt werden, damit sie in der Lage sind, für die Bedürfnisse der einzelnen Wirtschaftszweige und für andere besondere Aufgaben, die ihnen angemessenen Einrichtungen zu schaffen. Die gesellschaftliche Sozialisierung kann durch die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit der Wirtschaftsräte gefördert werden. Das Recht zur gesetzgeberischen Initiative, das den Wirtschaftsräten und den Arbeiterräten zustehen soll, ist geeignet, das politische Parlament jederzeit unmittelbar vor die wichtigste Lebensfragen zu stellen, die das wirtschaftliche und soziale Leben aufwirft. Es ist weiter wünschenswert, daß besondere Aufgaben der sozialpolitischen Verwaltung der allgemeinen Verwaltung entzogen und auf die Wirtschaftsräte übertragen werden. Diese Selbstbestimmungsorganisation dient dem Staate, der in seiner Gesetzgebung entlastet wird, und dient der Wirtschaft, deren regulierende Arbeit verschärft wird, wenn die Beteiligten sie selbst in mittelbarer Gestalt.

Zur Waffenstillstands- und Friedensfrage.

Die Haltung Wilsons.

Rotterdam, 9. April. Der Londoner Korrespondent des „Nieuwe Rotterdamischen Courant“ berichtet, daß die Nachrichten aus Paris widerspruchsvoller seien als je. Der Korrespondent des „Daily Express“ melde, aus gewöhnlich gut unterrichteten amerikanischen Kreisen verlautete, daß Wilson über den Verlauf der Verhandlungen sehr unzufrieden sei. Er werde vielleicht nach Amerika zurückkehren, ehe der Friedensvertrag fertig sei, und dann würden die Vereinigten Staaten mit Deutschland einen Sonderfrieden schließen. Die Danziger Frage sei endgültig entschieden. Danzig werde freihafen werden. Die Polenfrage werde durch die Judenverfolgungen noch komplizierter. In Paris befindet sich eine amerikanisch-jüdische Abordnung, die versuchen wolle, von den alliierten Garantien für den Schutz der jüdischen Bevölkerung in Polen zu erhalten.

England verlangt Ersatz für 8000 Schiffe samt Ladung.

Amsterdam, 8. April. Der „Telegraaf“ meldet aus London: Bonar Law teilte im Unterhause mit, daß er vor der Veröffentlichung des Berichtes der interalliierten Kommission keine Mitteilung über die Vergütung für die 8000 britischen Schiffe nebst Ladung machen könne, die während des Krieges vom Feinde zerstört worden seien. Man dürfe aber durchaus nicht den Schluß ziehen, daß die Regierung sich über die verlangte Schadenvergütung nicht einig oder daß einer der Alliierten dagegen sei.

50 Milliarden als erste Entschädigungsrate.

Haag, 8. April. Der „Nieuwe Courant“ meldet aus Paris: Der Optimismus in den Kreisen der Konferenz lasse keinen Zweifel übrig, daß man binnen einigen Tagen zu einem greifbaren Ergebnis zu kommen hoffe. Die Abendblätter vom 6. April teilten mit, daß man sich über die finanzielle Regelung geeinigt habe. Eine vierer-einzuführende Kommission, die einen mehr oder weniger bindenden Charakter haben solle, wird mit der Untersuchung der finanziellen Tragkraft Deutschlands betraut werden, sobald es sich wieder in einem normalen Friedenszustand befindet und dann festgesetzt werden könne, was Deutschland in den nächsten Jahren zu bezahlen vermöchte. Gleichzeitig wird die Kommission den Auftrag erhalten, in den neutralen Ländern, besonders Argentinien und Brasilien, (um dort den Deutschen Einfluß auszuschalten!) die Aktiva Deutschlands festzustellen. Nach dem „New York Herald“ werden die Alliierten verlangen, daß Deutschland am 1. Termin einen Betrag von 11 1/2—13 Milliarden Dollars bezahle. (Das wären etwa 50 Milliarden Mark.)

Keine Waren zur Ausfuhr.

Berlin, 9. April. Die ersten in Deutschland eingetroffenen Lebensmittelschiffe der Entente haben, wie eine sozialdemokratische Korrespondenz meldet, mit Ballast wieder ausfahren müssen, weil in Deutschland nicht einmal soviel Waren zur Ausfuhr zusammenzubringen waren, daß die paar Lebensmittelschiffe damit hätten beladen werden können. Wie der „Vorwärts“ feststellt, konnten wir für die Lebens-

mittelschiffe nicht einmal genügend Kohlen zur Wiederbefüllung der Bunker zur Stelle schaffen.

Die Lockspeise für Holland.

London, 8. April. „Daily Mail“ erfährt, daß die Kommission für die Festsetzung der Grenzen der Zentralmächte folgende Sätze in die Artikel die sie für die Einfügung in den Friedensvertrag vorschlägt, aufgenommen hat: Die assoziierten Regierungen werden, wenn Holland darum ersucht, innerhalb eines Jahres nach Unterzeichnung des Friedens den Völkerbund auffordern, eine Kommission für die Verbesserung der holländisch-deutschen Grenze an der Ems-Mündung zu ernennen, um Holland freien Zugang nach Delfzijl durch holländische Gewässer zu verschaffen. Deutschland muß dann auf alle Rechte über Kleve, Mörs, Geldern, Kempen, Rees und Borken verzichten. Die assoziierten Mächte werden Holland soviel Rechte zusprechen, als es annimmt und der Völkerbund bewilligt. Die übrigen Teile werden Deutschland zurückgegeben. — So sehen die Rechtsgrundsätze aus, nach denen die Alliierten im Völkerbund handeln wollen.

Unterbrechung der Demobilisation der französischen Armee.

Berlin, 8. April. Die französische Regierung soll nach dem „Berliner Tageblatt“ beschlossen haben, die Demobilisation der französischen Armee bis zum 15. Mai zu unterbrechen.

Italien und Destrreich.

Wien, 8. April. Die „Zeit“ erfährt von gut unterrichteter politischer Seite, daß Italien unter Hinweis auf die Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages in äußerster Höflichkeit einen Schritt zum Zwecke der Verringerung der Volkswehr unternommen habe.

Immer wieder das angelsächsisch-japanische Intrigen-Spiel.

Amsterdam, 7. April. Dem „Daily Telegraph“ wird aus Tokio gemeldet, daß Minister Uchida im japanischen Parlament eine Rede über die äußere Politik Englands hielt, in der er sagte, daß die Regierung dafür sorgen werde, daß alle gesellschaftlichen Maßregeln gegen die Einwanderung von Japanern nach den verschiedenen Ländern aufgehoben werden. Dies würde die logische Folge des Völkerbundes sein, auf dessen Zustandekommen die Regierung großen Wert lege. Was die früher deutschen Inseln im Stillen Ozean anlangt, so müsse man bedenken, daß die Konferenz im Prinzip den Mandatgrundsatz angenommen habe. Minister Uchida erklärte, der Völkerbund werde keineswegs die Bande lösen, die Japan mit England verbinden. Japan werde im Gegenteil fester als je am Bunde mit England festhalten. Wie der „Daily Telegraph“ meldet, hat die Erklärung Uchidas über das Festhalten am japanisch-englischen Vertrag in Paris das größte Aufsehen erregt, besonders da an demselben Tage, als man die Rede Uchidas las, die Meldung eintraf, daß eine japanische Gesellschaft eine Konzession für große landwirtschaftliche Unternehmungen in Nieder-Kalifornien von der mexikanischen Regierung erworben habe, was für Amerika eine unangenehme Verletzung der Monroe-Lehre bedeute. Diese Konzession würde in einem kultivierten Lande von geringerer Bedeutung sein. Man müsse jedoch bedenken, daß in Mexiko stets das größte Durcheinander und große Abneigung gegen die Vereinigten Staaten herrschte und daß Amerika nur in den Krieg getreten sei, nachdem ersichtlich war, daß in Berlin an der Bildung eines deutsch-japanisch-mexikanischen Bündnisses gearbeitet wurde. Es sei fraglich, ob man sich in Zukunft einen Völkerbund vorstellen könne, bei dem ein englisch-japanisch-mexikanischer Dreieund bestesse. — Die Japaner werden sich von den Angelsachsen noch genau so reinlegen lassen wie die Deutschen, die das angelsächsisch-romanische Spiel mit doppelten Rollen auch zu spät erkannt hatten. Die Schrift.

Korea will auch wieder unabhängig werden.

Bern, 5. April. Die Pariser Ausgabe des New York Herald erfährt, daß eine koreanische Delegation nach Paris unterwegs ist, um die Sympathie und Unterstützung der Friedenskonferenz für die Annahme des Selbstbestimmungsrechtes auf Korea zu erbitten. — Da werden die Japaner ihre Freude daran haben.

Vermischte Nachrichten.

Die französische „Kultur“.

Die Kultur der Franzosen, das erfahren wir immer wieder, steht im umgekehrten Verhältnis zu dem Aufleben, das sie davon machen. So haben sie am 5. März das Löwendenkmal bei St. Privat (in der Nähe von Metz) schwer beschädigt und in gemeinsten Weise besudelt. Auf den Kopf des Löwen wurde ein französischer Stahlhelm gesetzt und das ganze Denkmal vier Tage später von dem Sokel herabgeworfen. In derselben Nacht sprengten die Zerstörer das Denkmal des 1. Garderegiments zu Fuß mit Dynamit, so daß am 9. März, morgens, das Fundament zertrümmert war und die große Engelsfigur am Boden lag. Es ist zu erwarten, daß auch alle übrigen auf den Schlachtfeldern um Metz stehenden Denkmäler der Zerstörungswut der Franzosen zum Opfer fallen. Die französischen Denkmäler in den elsässischen und lothringischen Städten und auf den Schlachtfeldern sind von den sogenannten „Barbaren“ nie beschädigt, sondern in liebevollster Weise behütet und gesäubert worden.

Die „französische Kultur“ in Prag.

Die Wiener „Arbeiterztg.“ erzählt das folgende rätselhafte Geschichtchen aus Prag: Ein tschechisches Damenkomitee wollte seine französischen Sprachkenntnisse darlegen und veranstaltete einen Gesellschaftsabend, zu dem die französische Militärmission eingeladen wurde. Um aber doch ganz sicher zu gehen, und wäre es auch à la Potemkin, verschrüb man sich für den Gesellschaftsabend alle waschechten Französinen, deren man in Prag habhaft werden konnte. Und der hohe General, der erschienen war, freute sich der französischen Sprachkultur der Tschechen. Eine Fräulein agnoszierte er aber als Pariserin. — „Mein Fräulein, zu welchem Zwecke sind Sie denn nach Prag gekommen?“ — Mademoiselle sagte wahrheitsgetreu: „Und hier deutsch zu lernen.“ — „Deutsch... in Prag?“ — „Ja, Herr General, hier man spricht man ein reines, von jedem Dialekt freies Deutsch...“ — „Hier... in Prag?“ — „Gewiß! Auch sonst ist hier das deutsche Gesellschaftsleben...“ Damit endet das Geschichtchen. Denn wenn man noch so eindrucksvoll das übliche „Tableau“ sagen wollte, vermöchte man doch nicht der plötzlichen Riesenlänge der beteiligten Komiteegedächter gerecht zu werden.

Ein wertvolle Bereicherung des ungarischen Kommunistenfonds.

Berlin, 9. April. Nach einer Meldung des „Berliner Lokalanzeigers“ aus Budapest, wird im Schloß des Fürsten Nikolaus Esterhazy in Franko gegenwärtig im Auftrage der Räteregierung eine Inventur aufgenommen. Die Inventarisierungskommission entdeckte in einer dicken Mauer des Schloßes viele Millionen betragende Gold-, Juwelen- und Silberwerte, die vor etwa 2 bis 3 Wochen eingemauert worden sind. Der Schatz wurde mit Beschlag belegt.

Rundgebungen in Paris zur Erinnerung an Saurès.

Paris, 7. April. (Hayas.) Die Manifestationen der Union der Syndikate und der sozialistischen Vereinigungen zur Erinnerung an Saurès zogen viele Teilnehmer herbei. Der Zug mit den Vertretern der Sozialisten, Branting und Van der Velde an der Spitze, zog unter Abfingung der Marjalkaise durch die Straße. Der Zug defilierte an der Büste Saurès vorbei und löste sich dann auf.

Die elsässischen Sozialisten gegen die Freisprechung des Mörders Saurès.

Bern, 7. April. Nach der „Humanität“ haben die elsass-lothringischen Sozialisten in einer Straßburger Versammlung gegen die Freisprechung Villains protestiert, die eine Ohrfeige nicht nur an die sozialistische Arbeiterschaft, sondern an die sämtlichen Arbeiterkreise sei, und haben sich bereit erklärt, mit aller Kraft für die Verwirklichung des Sozialismus zu arbeiten.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 9. April 1919.

Dienstnachrichten.

Übertragen wurde durch Entschließung der Staatsregierung je eine Oberreallehrstelle an dem Realprogymnasium und der Realschule in Calw dem Hilfslehrer Bernhard Wamster an der Realschule in Ellwangen und an der Städtischen Realschule in Stuttgart dem Hilfslehrer Alfons Schmid an dem Realprogymnasium in Calw.

Sperrung der Lebensmittelverhandlungen in Bayern.

Das bayerische Kriegswunderamt läßt, wie man dem „Neuen Tagblatt“ mitteilt, keine Postsendungen mit Lebensmitteln nach Württemberg durchgehen; vielmehr werden die Lebensmittel herausgenommen und beschlagnahmt. Der Empfänger erhält nur eine entsprechende Mitteilung. Es wäre zu erwägen, ob Württemberg nicht ein ähnliches Verfahren einschlagen soll. Die Preise im Hamsterverkehr würden ohne Zweifel sofort sinken, wenn norddeutsche Verkäufer nicht mehr wie bisher Phantasiereise bieten würden. In gleichem Sinn wird dem Blatt geschrieben, daß gewisse Städte Württembergs angeblich von Studierenden überfüllt sind. Es handle sich dabei größtenteils um Nicht-württemberger, die nur die Knappheit der Lebensmittel durch Hamstern noch vergrößern und vieles außer Landes schicken.

Gemeindewahlen nach neuem Recht.

Am 15. März ist das neue württemb. Gesetz über das Gemeindevahlrecht und die Gemeindevortretung verkündigt worden. Der Bürgerausschuß verschwindet. Auf den Gemeinderat gehen die in der Gemeindeordnung und in anderen Gesetzen sowie in Verordnungen dem Gemeinderat und Bürgerausschuß und den Beiden Kollegien zusammen bisher zugewiesenen Befugnisse über. Der neue Gemeinderat wird in sämtlichen Gemeinden an einem vom Gemeinderat zu bestimmenden Sonntag — spätestens jedoch im Monat Mai 1919 — neu gewählt. (In Stuttgart am 18. Mai, von morgens 9 Uhr bis abends 6 Uhr). Die Zahl der neu zu wählenden Mitglieder stuft sich ab von 40 bis 72 bis herunter an Gemeinden dritter Klasse von 6 bis 12 (in Stuttgart sind es 60 Mitglieder). In den Gemeinden mit mehr als 500 Einwohnern erfolgt die Wahl nach dem Grundsatz der verhältnismäßigen Vertretung der Wähler, wie bei der Wahl zur Landesversammlung. Die Wahlvorschläge müssen von mindestens 20 in die Wählerliste aufgenommenen Personen unterzeichnet werden, sind zwölf Tage vor der Wahl schriftlich einzureichen und müssen ein Merkmal (z. B. Wahlvorschlag der Württ. Bürgerpartei oder dergleichen) tragen. Wahlvorschläge können durch Listenverbindung verbunden werden. Ist ein vorchriftsmäßiger Wahlvorschlag nicht eingekom-

folgende...
 tische Damen...
 zu dem die...
 Um aber...
 la Potemkin...
 alle wasch...
 haft werden...
 n war, freude...
 ehen. Ein...
 n. — „Mein...
 nach Prag...
 getreu: „Und...
 in Prag?“...
 ein reines...
 Hier... in...
 deutsche Geb...
 chen. Denn...
 „Tableau“...
 glichen Rie...
 gerecht zu...
 ffenfonds...
 des „Berliner...
 des Fürsten...
 im Auftrage...
 n. Die In...
 dicken Mauern...
 id-, Juwelen...
 eingemauert...
 belegt.
 an Saures...
 festationen der...
 Vereinigungen...
 chmer herbei...
 Branting und...
 bßung der...
 iertung an der...
 sprechung...
 haben die...
 bürger Ver...
 roteziert, die...
 Arbeiterschaft...
 haben sich...
 klüftung des...
 April 1919...
 der Staats...
 Realsprogym...
 slehrer Bern...
 und an...
 ehreer Alfons...
 in Bayern...
 e man dem...
 a mit Lebens...
 r werden die...
 mahmt. Der...
 teilung. Es...
 hnliches Ver...
 amsterkerkehr...
 deutsche Auf...
 ieten würden...
 ben, daß ge...
 Studierend...
 is um Nicht...
 smittel durch...
 ndes schicken...
 t.
 teg über das...
 ung verkün...
 et. Auf den...
 ung und in...
 a Gemeinde...
 collegien zu...
 Der neue...
 a einem vom...
 pätestens je...
 In Stuttgart...
 nds 6 Uhr...
 stuft sich ab...
 ritter Klasse...
 (lieder). In...
 n erfolgt die...
 igen Vertre...
 desversamm...
 bestens 20 in...
 unterzeichn...
 istlich einzu...
 vorschlag der...
 n. Wahlvo...
 den werden...
 ht eingelom...

Die Wahlen zur Landeskirchenversammlung.

Im Monat Mai oder anfangs Juni werden die Wahlen zur Landeskirchenversammlung in sämtlichen evangelischen Kirchengemeinden Württembergs stattfinden. Die Versammlung tritt an Stelle der bisherigen Landesynode und wird eine bedeutungsvolle Aufgabe haben: Die Verfassung der württemb. evangel. Landeskirche ist auf Grund der neugeschaffenen politischen Lage umzugestalten. Es ist deshalb auch von besonderer Wichtigkeit, daß als Abgeordnete Männer gewählt werden, welche treu zur evangelischen Kirche stehen und andererseits die Fähigkeit haben, mitzuarbeiten am Neubau unserer Kirche. Für jeden Dekanatsbezirk ist ein weltlicher Abgeordneter zu wählen, für die größten Bezirke des Landes auch ein geistlicher Abgeordneter; für die kleineren Bezirke ist die Anordnung getroffen, daß je zwei einen gemeinsamen geistlichen Abgeordneten wählen. Der Bezirk Calw hat also für sich selbst einen weltlichen, außerdem zusammen mit dem Bezirk Reutenburg einen geistlichen Abgeordneten zu wählen. Wahlberechtigt sind alle mindestens 25jährigen geschäftsfähigen männlichen und weiblichen Mitglieder der evangel. Landeskirche, welche in Württemberg ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt haben, und welche nicht aus irgend einem Grund an der Ausübung des kirchlichen Wahlrechts verhindert sind (z. B. Unterlassung der kirchl. Trauung oder der Taufe oder Konfirmation bei Kindern). — Auf Dienstag 1. April war nun vom Dekanatsamt Calw eine Versammlung von Vertretern sämtlicher Kirchengemeinden des Bezirks einberufen worden, welche eine Reihe geeigneter Persönlichkeiten für die bevorstehende Wahl namhaft machen sollte. Die Versammlung war von etwa 60 Vertretern besucht und wurde von Dekan Zeller geleitet. Zunächst wurde über die Aufstellung eines geistlichen Abgeordneten beraten und man einigte sich auf folgenden Vorschlag. Von Gemeinschaftskreisen wurden in erster Linie empfohlen: Pfarrer Hornberger (Zwerenberg) und Pfarrer Kieß (Langenbrand). Von anderer Seite wurden als geeignete Persönlichkeiten bezeichnet: Stadtpfarrer Sandberger (Liebenzell) und Pfarrer Gonsler (Calmbach). Als weltliche Abgeordnete wurden vorgeschlagen: Frau Stadtschultheiß Cenz (Calw), Fabrikant Blant (Calw), Inspektor Luz (früher Missionar in Kamerun, Stuttgart), Stadtschultheiß Mäulen (Liebenzell), Stadtschultheiß Müller (Reutenburg), Forstmeister Wurm (Stammheim). Sobald der Termin der Wahl bekannt sein wird, soll in Calw eine öffentliche Versammlung stattfinden, bei welcher die Vorschläge einem weiteren Kreis von Mitgliedern der Kirchengemeinden vorgelegt und darüber beraten werden soll, welche von den genannten Persönlichkeiten in erster Linie für die Wahl vorgeschlagen werden, um eine Zersplitterung der Stimmen zu verhüten. Der Tag dieser Versammlung, die für jedermann zugänglich sein wird, wird im „Calwer Tagblatt“ noch bekannt gegeben werden.

Wiederholung abgelehnter Rentenansprüche.

Es wird darauf hingewiesen, daß alle Rentenanträge von Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen aus diesem Kriege, die bisher abgelehnt worden sind, noch einmal gestellt werden können. Wenn dann im Wege des Einspruchs die Instanzen der Militärverwaltungsbehörden nicht zu einer Bewilligung der Rente gelangt sind, kann alsdann nimmeh auch für jene früher abgelehnten Fälle die Entscheidung des Militärversorgungsgerrichts (und in letzter Instanz das Reichsmilitärversorgungsgerricht) angerufen werden. Nur muß der Antrag bis zum 31. Dezember 1919 wiederholt sein. Nach diesem Zeitpunkt ist jede Wiederholung ausgeschlossen.

Stuttgart, 7. April.

Die Leute vom „Sozialdemokrat“ haben sich am Samstag als sehr geschäftsgewandt erwiesen. Das Blatt konnte an diesem Tage nicht erscheinen. In den Straßen wurde aber trotzdem eine Nummer des „Sozialdemokrat“ zum Kauf angeboten und zwar eine „historische Propagandanummer“. Eifrig wurde nach dieser „historischen“ Nummer gegriffen. Sie bestand lt. Schwäb. Tagwacht, in einer Ausgabe, die einige Wochen alt ist! Der „Sozialdemokrat“ hatte die Sensationslust des Publikums benützt, um seine alte Makulatur zu guten Preisen an den Mann zu bringen.

Sprechsaal.

Für die unter dieser Rubrik veröffentlichten Artikel übernimmt die Redaktion nur die pressgesetzliche Verantwortung.

Zur Frage der Erziehung von Baupläzen.

Wie aus dem letzten Rathausbericht (Gemeindekollegienitzung) ersichtlich ist, mangelt es hier nicht an geeigneten Baupläzen zur Erzielung von Wohngebäuden, wenn nur erst an den betreffenden Geländen eine Straße angelegt wäre. Mit der Erzielung von Baugelände durch Anlegung von Straßen ist, wie mir scheint, der größere Teil des Gemeindekollegiums nicht einverstanden. Meine Meinung ist aber die: es wäre vorteilhafter gewesen, man hätte vorerst die teuren Straßenfuntsbauten im Wurstbrunnen hinausgeschoben und durch eine Straße am Kapellenberg und Steinrinne — letztere ist ja schon seit 12 Jahre ministeriell genehmigt und das ganze Gelände bauplanmäßig eingeteilt — als Baugelände eröffnet, das sicher einen Anreiz zum Bauen geben würde. Wenn auch jetzt bei dem teuren Baumaterial nicht in dem Maß, wie es erwünscht wäre, gebaut würde, so doch in absehbaren Zeiten, da doch angenommen werden darf, daß die Baumaterialien auch wieder billiger werden. Wenn auch der Stadt selber jetzt bei den teuren Baumaterialien nicht zugemutet werden kann, auf ihre Kosten Mietshäuser zu erstellen, so kann doch die Frage aufgeworfen werden, ob es sich nicht der Mühe lohnen würde, wenn die Wohnräume im alten Krankenhaus so hergerichtet würden, daß einige Familien Unterkunft darin finden könnten. Es wurden während dem Krieg verschiedene Näh- und sonstige Kurse darin abgehalten, was zu der Annahme berechtigt, daß bei der Instandsetzung nicht allzuwiele Unkosten entstehen würden.

Die Wahlen zur Landeskirchenversammlung.

Im Monat Mai oder anfangs Juni werden die Wahlen zur Landeskirchenversammlung in sämtlichen evangelischen Kirchengemeinden Württembergs stattfinden. Die Versammlung tritt an Stelle der bisherigen Landesynode und wird eine bedeutungsvolle Aufgabe haben: Die Verfassung der württemb. evangel. Landeskirche ist auf Grund der neugeschaffenen politischen Lage umzugestalten. Es ist deshalb auch von besonderer Wichtigkeit, daß als Abgeordnete Männer gewählt werden, welche treu zur evangelischen Kirche stehen und andererseits die Fähigkeit haben, mitzuarbeiten am Neubau unserer Kirche. Für jeden Dekanatsbezirk ist ein weltlicher Abgeordneter zu wählen, für die größten Bezirke des Landes auch ein geistlicher Abgeordneter; für die kleineren Bezirke ist die Anordnung getroffen, daß je zwei einen gemeinsamen geistlichen Abgeordneten wählen. Der Bezirk Calw hat also für sich selbst einen weltlichen, außerdem zusammen mit dem Bezirk Reutenburg einen geistlichen Abgeordneten zu wählen. Wahlberechtigt sind alle mindestens 25jährigen geschäftsfähigen männlichen und weiblichen Mitglieder der evangel. Landeskirche, welche in Württemberg ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt haben, und welche nicht aus irgend einem Grund an der Ausübung des kirchlichen Wahlrechts verhindert sind (z. B. Unterlassung der kirchl. Trauung oder der Taufe oder Konfirmation bei Kindern). — Auf Dienstag 1. April war nun vom Dekanatsamt Calw eine Versammlung von Vertretern sämtlicher Kirchengemeinden des Bezirks einberufen worden, welche eine Reihe geeigneter Persönlichkeiten für die bevorstehende Wahl namhaft machen sollte. Die Versammlung war von etwa 60 Vertretern besucht und wurde von Dekan Zeller geleitet. Zunächst wurde über die Aufstellung eines geistlichen Abgeordneten beraten und man einigte sich auf folgenden Vorschlag. Von Gemeinschaftskreisen wurden in erster Linie empfohlen: Pfarrer Hornberger (Zwerenberg) und Pfarrer Kieß (Langenbrand). Von anderer Seite wurden als geeignete Persönlichkeiten bezeichnet: Stadtpfarrer Sandberger (Liebenzell) und Pfarrer Gonsler (Calmbach). Als weltliche Abgeordnete wurden vorgeschlagen: Frau Stadtschultheiß Cenz (Calw), Fabrikant Blant (Calw), Inspektor Luz (früher Missionar in Kamerun, Stuttgart), Stadtschultheiß Mäulen (Liebenzell), Stadtschultheiß Müller (Reutenburg), Forstmeister Wurm (Stammheim). Sobald der Termin der Wahl bekannt sein wird, soll in Calw eine öffentliche Versammlung stattfinden, bei welcher die Vorschläge einem weiteren Kreis von Mitgliedern der Kirchengemeinden vorgelegt und darüber beraten werden soll, welche von den genannten Persönlichkeiten in erster Linie für die Wahl vorgeschlagen werden, um eine Zersplitterung der Stimmen zu verhüten. Der Tag dieser Versammlung, die für jedermann zugänglich sein wird, wird im „Calwer Tagblatt“ noch bekannt gegeben werden.

Städtische Lebensmittel-Fürsorge.

1. Freitag, nachmittags 5 Uhr, Zimmer Nr. 8 Abgabe von Kerzen und Erdölmarken (Kerzen 25 Pfg.) Das Erdöl kann bei Frau Steck und Georg Pfeiffer gekauft werden. — Die auf nachfolgende Lebensmittelmarken bestellten Waren können gekauft werden: Nr. 110 Graupen auf einen Anteil entfallen 125 Gramm, Nr. 118 Kaffee-Ersatz auf 1 Anteil entfallen 250 Gr., Nr. 119 Ories auf einen Anteil entfallen 125 Gramm.

Althengstett N. Calw.

Langholz- und Stangen-Verkauf.

Am Montag, den 14. April, vormittags 8 Uhr, kommen im Submissionsweg auf dem hiesigen Rathaus zum Verkauf:
 26 Fm. I. Klasse, 87 Fm. II. Kl., 209 Fm. III. Kl., 31 Fm. IV. Kl., 35 Fm. V. Kl. und 8 Fm. VI. Kl.

Angebote sind in Prozenten der diesjährigen Forstare ausgedrückt bis spätestens zu diesem Zeitpunkt beim Schultheißenamt einzureichen.

Im Anschluß daran, vormittags 10 Uhr, werden im öffentl. Aufstreich im Wald verkauft:
 485 Reislangen bis 7,0 cm stark,
 788 Sopfenstangen von 7–9 cm,
 633 Hagstangen von 9–11 cm,
 641 Baustangen von 11–13 cm,
 801 Baustangen über 13 cm.

Zusammenkunft beim Rathaus.

Lebensmittel-Verteilung für die Landorte.

Auf Bezugsmarke Nr. 4 kommen pro Person zur Verteilung:
 Hafersflohen in Paket, zu 1 Pfd. 250 Gr. 82 Pfg. pro Pfd.,
 Suppenwürfel, 2 Stück 13 Pfg. pro Stück.

Die Einlösungsfrist für die Bezugsmarke ist am 23. d. Mts. beendet.
 Kommunalverband:
 Calw, den 9. April 1919. Oberamtmann Gös.

Für ein hiesiges Manufaktur- und Aussteuerwarengeschäft wird eine tüchtige

Berkäuferin

gesucht, die im Nähen bewandert ist. Näheres ist bei der Geschäftsst. ds. Bl. zu erfragen.
 Auf 1. Mai oder später, ehrliches, kräftiges

Mädchen

nicht unter 16 Jahren, für Küche, Haushaltung und Gartenarbeit gesucht, in Ladengeschäft zu kinderlosem Ehepaar. Hoher Lohn und gute Behandlung zugesichert. Angebote erb. an die Geschäftsst. d. Bl.

Liebenzell.

Mädchen,

gesund, kräftiges, das melken kann, für Haus und Gartenarbeit in christl. Haus zu altem Ehepaar ohne Kinder sogleich oder später gesucht.
 Frau Anna Schöppe.

Eine tüchtige

Mädchen

für Landwirtschaft findet bei guter Behandlung in Familienanschluß dauernde Stelle. Eintritt sofort oder nach Belieben, zu erfragen bei
 Frau Metzger, z. „Linde“ Calw.
 Nach Wildbad gesucht 17–18 j. ehrl. williges

Mädchen

für 1. Mai.
 Angeb. an Frau Pfau, Bäckerei und Conditorei, Wildbad, Olgastraße 20.

Eine fast neue

Konzertzither

verkauft und eine
 Mandoline vertauscht gegen Violine.
 Wer, sagt die Geschäftsst. d. Bl.

Schwarzseidener Handbeutel

mit größerem Gelbbeitrag auf dem Bahnhof verloren.
 Abzugeben gegen gute Belohnung im Adler in Calw.

Ein Knecht

für Landwirtschaft kann sofort eintreten bei
 Eugen Stoh, Hirsau.
 Telefon Amt Calw 74.

Einen ordentlichen

Jungen

nimmt in die Lehre.
 Hermann Schnütke,
 Bäckermeister.

Solider, zuverlässiger

Fahrknecht

findet in 14 Tagen Stelle bei
 Wilh. Defer,
 Bad Liebenzell.

Saisonstellung

suchen zwei eheliche fleißige Mädchen als Zimmermädchen in Kur-Hotel, am liebsten in Liebenzell oder Wildbad.
 Angeb. mit Gehaltsangebot an Heinz Kunz, Nürnb. Gartenstraße, 51.

F. K.

Donnerstag, 10. April Nachm. 1/3 Uhr im Kaffeehaus.

Ein älterer

Pferdeknecht

sucht Stelle in Landwirtschaft. Näheres in der Geschäftsstelle des Blattes.

18 jähriger, kräftiger

Bursche

sucht Stelle in Landwirtschaft.
 Gottfried Schwämmle,
 Simmozheim.

Zu verkaufen:
 1 geb., sehr gut erhaltenen
 Röhrenschrank m. Aufsatz
 1 fast neues
 Spiritus-Bügeleisen,
 1 größerer
 Spirituskocher.
 Liebenzell, Alexanderstr.
 Schwarzwaldhaus.

Gasthof, Hotel

oder Fremdenpension von tüchtigen Eheleuten zu übernehmen gesucht. Ang. unter Sch. 2 an die Geschäftsst. d. Bl.

Stammheim, den 9. April 1919.

Dankagung.

Für den Ausdruck herzlichster Liebe und Teilnahme an dem großen Leid, das uns durch das unerwartete Hinscheiden unseres lieben, unvergesslichen

Hermann

so schwer getroffen hat, für die reichen Blumen Spenden und zahlreiche Begleitung zu seiner letzten Ruhestätte, sagt im Namen der trauernden Hinterbliebenen herzlichsten Dank

die Mutter: **Kosine Weiß Witwe.**

Dr. Pfeilsticker

wohnt ab Freitag, den 4. April

Bahnhofstrasse 5391

Telefon Nr. 110.

Einen älteren, frisch aufgearbeiteten

Sofa zu verkaufen.

K. Sauter, Sattler, Bierg.

Schulranzen

in großer Auswahl empfiehlt der Obige.

Kleinerer

Kommode u. 2 Sessel

verkauft

Bedenstraße 183.

Nagold.

Hausbacköfen Herdbacköfen Fleischränder Zentrifugen

in verschiedenen Größen, zu mäßigen Preisen empfiehlt

Johs. Werner, Vorstadt.

la. staubfreies

Bodenöl (kein Ersatz)

zu haben bei

Witz, Wohlleber, Bad Liebenzell.

Freitag,

Hotel Waldhorn:

Hafen-, Kaninchen-, Ziegen- und andere Felle. Tierhaare

kurze und lange werden am Freitag im

Hotel Waldhorn

von der Firma

J. Hadel, Karlsruhe, Friedensstraße 2, zu den höchsten Preisen angekauft.

Freitag, Hot. Waldhorn

Landwirte

kaufen bei

Max Zucker

Maschinen-Handlung

Geräte, Ersatzteile

am Besten

Weilderstadt.

Eigene Reparaturwerkstätte

Grosses Lager.

Salat-Seglinge

kräftige, pikante und unpickierte gut abgehärtet gibt ab

Fr. Steil, Gärtnerei.

Im

Anpflanzen und Unterhalten von Gräbern

empfiehlt sich

der Obige.

Eine Partie

Bohnenstangen

hat abzugeben

Wurster beim Krappen.

Suche einen gut erhaltenen

Leiterwagen

80-100 Zt. Tragkraft.

Schlenderer, Unterreichenbach.

Frisch gewässerte

Stöckfische

empfehlen

Pfannkuch & Co.

Calw. Telefon 45.

Birkenfeld.

Schöne

Läufer-Schweine

zu verkaufen. Zu erfragen

Bahnhofstr. 5.

Einige gute

Bieneuöcker

mit oder ohne Kasten, im Frühjahr auch Schwärme, kauft

R. Braun, Teinach.

Futterkalk (Marke B)

in 5 Pfund- und größeren Packungen, so lange Vorrat, zu M. 0.20 das Pfund, gar. Friedensware hat abzugeben

Obiger.

Öffentlich. Versammlung

Am nächsten Freitag, den 11. ds. Mts., abends 8 Uhr, findet im Saale des „Bad. Hof“ eine

öffentliche Versammlung

statt in der

Abgeordneter Bürgerausschuhobmann Dr. Wölz-Stuttgart über

„Die Verfassung des Volksstaates Württemberg“

und Abgeordneter Standenmeyer über

„Die neue Gemeindeverfassung“

sprechen wird.

Wir laden hiezu jedermann, insbesondere auch die Frauen herzlich ein.

Deutsche demokratische Partei.

Bürgergesellschaft Calw.

Zu der am Samstag, den 12. ds. Mts., abends 8 Uhr, im „Badiischen Hof“ stattfindenden

Generalversammlung der Gesellschaft

laden wir unsere werten Mitglieder freundlichst ein.

Tagesordnung: Rechenschafts- und Kassenbericht; Neuwahlen; etwaige Anträge; Verkauf von Zeitschriften.

Der Vorstand.

Sattler- und Tapezier-Meister des Oberamtsbezirks Calw.

Durch die Staatsumwälzung und den wirtschaftlichen Zusammenbruch infolge des Krieges ist es ein dringendes Bedürfnis, daß sich die einzelnen Gewerbebetriebe zu Fachverbänden zusammenschließen um die nötigen Rohmaterialien gemeinschaftlich unter günstigeren Bedingungen zu beziehen.

Zu näheren Besprechungen laden wir sämtliche Kollegen zu einer

Zusammenkunft

auf Sonntag, den 13. April, nachmittags 2 Uhr, in das Gasthaus zur „Schwane“ in Calw

höflich ein.

Mehrere Kollegen.

Kolonialwaren- oder gemischtes Warengeschäft

wird so bald als möglich zu mieten ev. zu kaufen gesucht.

Angebote unter E. L. 100 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Gute 3/4 Geige

billig abzugeben. Nachfragen unter N. B. 112 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Empfehle mich bestens in sämtl.

Abänderungs- und Flickarbeiten

Gottlob Sedelmaier, Schneider, Lederstr. 168 h.

Schöne Gitarzither,

sowie älteren guten

Kinderrwagen

hat billig zu verkaufen

der Obige.

Parkettwische

la. la. Putz-Artikel

Ritter-Drogerie

Calw.

Wohnung.

Werkführer der Firma Harry & Wengen G. m. b. H. Thal-mühle sucht per 1. Juli

3-5 Zimmer-

Wohnung

für dauernd in Calw oder Hirsau zu mieten. Angebote an

Hauri, Werkführer Stuttgart Berastraße 128.

Ein Brautpaar sucht eine

3 Zimmer-Wohnung

per 1. Juli eventl. früher.

Angebote unter J. B. an die Geschäftsstelle des Blattes.

Gut möbliertes

Zimmer

mit elektr. Beleuchtung auf 1. Mai zu mieten gesucht.

Angebote an

Hotel Waldhorn.

Jg. Schüler sucht nach Ostern gut möbliertes

Zimmer

wenn möglich mit Kost.

Angebote unter F. H. an die Geschäftsstelle des Blattes.

Ein Zimmer für 2 Schüler

mit oder ohne Pension, gesucht.

Angebote unter Nr. 52 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Statt jeder besonderen Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 12. April 1919 stattfindenden

Hochzeitsfeier

im Gasthof zum „Lamm“ in Bad Liebenzell, freundlichst einzuladen.

Emil Holzäpfel

Sohn des Georg Holzäpfel in Bad Liebenzell.

Emma Nyaffe

Tochter des Daniel Nyaffe, Gashelger in Calw.

Kirchgang um 12 Uhr.

Calw.

Eine eigene

Schlafzimmer-Einrichtung

hat besonderer Umstände halber preiswert zu verkaufen.

Chr. Niedhammer, Möbelschreinerei.

Herzenswunsch!

Mad. geb. Lehrer, 28. J., kath., angenehme Erscheinung, sehr solide Lebensweise, hier fremd, wünscht auf diesem sonderbaren Weg sein Glück, eine gebildete und musikalische Lebensgefährtin mit edler Herzensbildung, zu finden.

Vertrauensvoller ausführliche Zuschrift unter M 10 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Geschäftsempfehlung.

Meine werte Kundschaft möchte ich empfehlend erinnern, daß ich nun wieder

eine gute Arbeitskraft besitze

und werde bemüht sein, meine werte Kundschaft wie in der Zeit des Krieges

gut und gewissenhaft zu bedienen.

Bitte um gütige Berücksichtigung.

Hochachtung

Ww. Zahn, Schuhgeschäft.

Zigarren billig!!

Für dauernde Abnehmer offeriere freibleibend Probestellung sofort frko. je 100 Stück in der Preis-lage von 40, 50, 60 und 80 Pfg. statt 230 Mk. also

400 Zigarren nur	171.- Mk.
Verhandkosten	2.- Mk.
	173.- Mk.

Garantie: Zurücknahme sofort od. an jed. beliebigen Tag bis 31. 12. 19. Preise fest, enorm.

Gold u. Silber

jedes Quantum

zu kaufen gesucht.

Angebote unter F H 2896 an das Kontor ds. Bl. erb.

Zigaretten billig!

Postpaket sofort franko

1000 Stück	75.- Mk.
Verhandkosten	2.- Mk.
geg. Voreinendung	77.- Mk.

(auf Postcheckkonto 41 575).

Adolf A. Müller, Frankfurt a. M., Postfach 187.

Prima feithaltiges

Seifenpulver

Auslandsware

als Gelegenheitskauf billig abzugeben. Für Wiederverkäufer äußerst günstiges Angebot. Verlangen Sie Proben von

F. Walz, Ellwangen, Würt.

Wer sich ein gutes Getränk herstellen will, der verwende den bekannten

Ruf's Kunstmooftansatz

mit Heidelbeerzusatz

und mit Süßstoff, die Flasche zu 100 Liter reichend kostet Mk. 15.-, ferner

Ruf's Heidelbeeren mit Zutaten

zu 10 Liter Mk. 35.-

Viele Anerkennungen

Robert Ruf, Heidelbeer-Verandhaus, Ettlingen. Raibwangen, 3. 11. 1918.

Senden Sie mir wieder 2 Flaschen Kunstmooftansatz mit Heidelbeerzusatz und mit Süßstoff zu 200 Liter. Mit dem letzten war ich sehr zufrieden zc.

gez. Christian Schneider, Bahnwärter.

Auenheim (Amt Rehl), 2. Dez. 1918.

Da uns das aus Ihrem Kunstmooftansatz hergestellte Getränk ausgezeichnet schmeckt und schon viele Freunde erworben hat, so ersuche ich Sie freundlichst um sofortige Zulassung einer Flasche Kunstmooftansatz mit Heidelbeer-zusatz und mit Süßstoff zc.

gez. Karl Fr. Landenberger.